

„Bonität der Stadtwerke bleibt“

SPD, CDU und Wolfhager Liste segnen Tochtergesellschaft und Bürgerschaft ab

WOLFHAGEN. Grüne und BWB stimmten gegen die Gründung einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke und die Übernahme einer Kommunalbürgerschaft durch die Stadt.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Peter Kranz äußerte Bedenken in Hinblick auf Kalkulation und Wirtschaftlichkeit der Anlage. Die vorgelegten Zahlen nannte er dürftig. Er beantragte die Rücküberweisung in den Haupt- und Finanzausschuss, wofür er ebenso wenig eine Mehrheit fand, wie für den Antrag, nach dem die Verwaltung beauftragt werden sollte, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung über 20 Jahre mit korrigierten Vergütungssätzen und Leistungsverlusten zu erarbeiten. Die Kommunalaufsicht sollte zudem klären, ob die Stadt überhaupt bürgen dürfe.

Die SPD, so deren Fraktions-

chef Heiko Weiershäuser, befürwortete die Gründung der Tochtergesellschaft und die Bürgerschaft. Beides seien Beiträge zur Stärkung der Stadtwerke und zur Energiewende.

Mit der Ausgliederung des Projektes in eine Tochtergesellschaft bleibe „die vorzügliche Bonität der Stadtwerke erhalten“. Durch die Bürgerschaft erziele man einen „Vorteil bei den Zinskonditionen“, erwartet werde ein um einen Prozent günstigerer Zinssatz. Bei sechs Millionen Euro Investitionssumme für den Solarpark bedeute das eine Ersparnis von 60 000 Euro. Ein Haushaltsrisiko könne er nicht erkennen. Es werden mit den Solarpaneelen und Wechselrichtern Werte geschaffen, die „im Bedarfsfall“ wieder verkauft werden könnten.

Für die CDU begründete deren Fraktionschef Helmut

Flörke Zustimmung. „Wir sehen große Vorteile für die Stadt und die Stadtwerke.“ Die Zahlen der Berechnungen seien „beeindruckend“. Flörke wies auf die Zinsersparnis für die Stadtwerke hin, die nur durch die Bürgerschaft zu erzielen sei.

„Eine Tochtergesellschaft – wofür“, fragte Uwe Nord vom BWB. In der Beschlussvorlage wurden als Vorteile genannt, dass die Eigenkapitalquote der Stadtwerke nicht belastet werde, und die anderen Geschäftsfelder – Strom und Wasser – „sich besser abgrenzen und weiterhin unverändert kontrollieren“ lassen. Werde man nun auch noch für Strom und Wasser Tochtergesellschaften gründen? Für das BWB sei klar: „Es besteht kein wirtschaftlicher Grund, eine Tochtergesellschaft zu gründen.“ Und von einer Bürgerschaft sollte die

Stadt besser die Finger lassen angesichts der „desaströsen Finanzsituation“ Wolfhagens.

Manfred Schaub (SPD) machte deutlich, um was es im Kern bei den Beschlüssen gehe: „Wir entscheiden über die Rahmenbedingungen unserer Stadtwerke.“ Tochtergesellschaft und Bürgerschaft böten „eine Erleichterung“. Eine Entscheidung über die Investition selbst trafen die Stadtwerke und die Investoren. Die Bürgerschaft müsse von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, und „die akzeptiert nur Bürgschaften in rentierliche Anlagen.“ Hintergrund der Bürgerschaft sei, die Investition der Stadtwerke über die Zinsvergünstigung rentierlicher zu machen.

Tochtergesellschaft und Bürgerschaft wurden mit Stimmen von SPD, CDU und Wolfhager Liste absegnet. (nom)



Peter Kranz



Heiko Weiershäuser



Helmut Flörke



Uwe Nord